

Titel: Public-public-partnerships forcieren!

Untertitel: Wirtschaftswachstum alleine ist kein Garant für nachhaltige Entwicklung

Den heutigen parlamentarischen Unterausschuss für Entwicklungszusammenarbeit (EZA) nahm Petra Bayr, SPÖ-Bereichssprecherin für EZA und Vorsitzende des Ausschusses, zum Anlass, den in letzter Zeit oft angesprochenen Punkt von „Wirtschaft und Entwicklung“ näher zu diskutieren. Petra Bayr: „Mit diesem Schlagwort wird eine Möglichkeit versprochen, wie österreichische Firmen ein gutes Geschäft machen können und gleichzeitig die Bevölkerung der Entwicklungsländer wunderbar davon profitiert. In der Praxis sieht dies leider immer wieder anders aus. Es gibt kaum Mechanismen, wie eventuelles Wirtschaftswachstum dann auch so verteilt wird, dass die Ärmsten davon profitieren, dass Arbeitsplätze geschaffen werden, dass die Grundsicherung ausgebaut wird.“

Bayr verweist auf die große Ernüchterung, welche auf die vorausgehende Euphorie folgte, als in den 90er-Jahren große private Finanzierungen in die Entwicklungspolitik eingeflossen sind. „Vor zehn Jahren wurde das als die große Hoffnung der Entwicklungszusammenarbeit hochgejubelt – übrig geblieben ist davon nichts mehr. Heute ist klarer denn je, dass das prioritäre Interesse privater Financiers beim eigenen Profit und nicht in der Wertschöpfung im Entwicklungsland selbst liegt“, betont Bayr.

Privat-public-partnership, wie diese Kooperationen von Firmen mit Gebietskörperschaften genannt werden, können dann problematisch werden, wenn sie im Bereich der Daseinsvorsorge passieren. Katastrophale Zustände beispielsweise in der ursprünglich öffentlichen Trinkwasserversorgung, welche zur Verschlechterung der Qualität bei gleichzeitiger Erhöhung der Kosten führten, sind bekannt – und ganz und gar nicht zum Vorteil der Bevölkerung. Noch dazu, wenn dadurch die Ärmsten der Armen von der Wasserversorgung ausgeschlossen werden.

Als positive Alternative favorisiert Bayr die sogenannte public-public-partnership, die immer wieder von ExpertInnen als das wirkungsvollste Mittel der Kooperation, von der beide Seiten profitieren, bezeichnet wird. Bayr dazu: „Viele öffentliche österreichische Wasserversorger haben beispielsweise eine über 100jährige Erfahrung mit öffentlichem Management, intaktem Versorgungsnetz und könnte bestens auf kommunaler Ebene eine Kooperation anbieten. Denn gefragt sind bei solchen Aufbauarbeiten vor allem know-how, welches Arbeitsplätze zu schaffen imstande ist. „In den vorliegenden Plänen für den Schwerpunktbereich der EZA zum Thema „Wirtschaft und Entwicklung“ ist von diesen public-public-partnerships leider keine Rede. Ich hoffe sehr, dass auch dieser Aspekt der Wirtschaftsförderung, die die Ärmsten der Armen nicht von den Leistungen der Daseinsvorsorge ausschließt, in den künftigen Programmen enthalten sein wird“, so Bayr abschließend.